

Redebeitrag des Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Dieter Althaus MdL auf der Regionalkonferenz Süd am 17. April 2007 in Schleusingen

Liebe Annette Schavan,
lieber Mike Mohring,
lieber Thomas Müller,
lieber Jens Goebel,
liebe Christine Lieberknecht,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Landtagsfraktion und im Kabinett
und ganz besonders auch, lieber Klaus Brodführer,

ich freue mich, dass ich in kurzer Zeit zum zweiten Mal hier in diesem Saal stehe, jetzt bei der Veranstaltung der CDU Thüringen - der Regionalkonferenz. Vor wenigen Wochen haben wir hier das 775 jährige Jubiläum der Stadt Schleusingen gemeinsam gefeiert. Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog war zu Gast und hat eine bemerkenswerte Rede gehalten über die wichtigen Zukunftsstrukturen in Deutschland. Eine der zentralen Botschaften seiner Rede war, die Globalisierung, die Veränderung unserer Welt, die größer werdende Möglichkeiten, die größer werdenden Räume fordern eine stärkere Konzentration auf die kleine Struktur, auf die gemeindliche und städtische Struktur so wie sie hier in Schleusingen vorhanden ist. Jeder kennt diese schöne Stadt, Sie können hier durch das Fenster ein Stück der massiven Struktur sehen, die für die Geschichte steht - die Bertholdsburg - und ich freue mich deshalb hier zu sein zu unserer vierten Regionalkonferenz.

Ein zweiter Grund, weshalb ich mich freue hier zu sein, ist der, der sich mit dem Haus verbindet. Es ist schon eine besondere Wendung, eine zu beachtende Wendung der Geschichte, dass Sie jetzt hier stehen und sitzen und miteinander über Bildung und Werte diskutieren, in einem Haus, in dem Jahrzehnte die SED-Bezirksparteischule zu Hause war und in dem jetzt seit vielen Jahren schon, die Reha-Stiftung „Thüringer Wald“ eine segensreiche Arbeit leistet. Und wenn das kein Beweis ist, dass sich die Geschichte positiv verändert hat, dass die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes sich für uns alle ausgezahlt

Gelöscht: ,

Gelöscht: .

Gelöscht: ,

hat, dass Sie nicht mehr solche Häuser haben, um die SED-Bezirksparteischule zu beheimaten, sondern um Bildung gerade für Problembereiche zu organisieren, dann weiß ich es nicht. Es ist ein guter Beweis, dass hier Bildung in dem Sinne stattfindet, wie wir es aus freiheitlicher Verantwortung uns auch vorstellen.

Und die dritte Bemerkung: Schleusingen ist ja auch für die CDU Thüringen ein nicht unbedeutender Ort. In Schleusingen werden vom Bürgermeister immer wieder wichtige Impulse gegeben für die CDU Thüringen. Schleusingen ist der erste Ort, und der Bürgermeister ist der Bürgermeister, der das auch als allererster auch formuliert hat, der damals für die Weitergabe der Verantwortung eingetreten ist in Thüringen. Bürgermeister Klaus Brodführer hat hier im Saal eine Rede gehalten, die ich Ihnen allen empfehle. Er hat damit als erster das Thema Straßenausbaubeiträge aufgegriffen und in einer ganz neuen und einer ganz anderen Form zu einem Gesamtwerk zusammengebunden. Du hast mir gerade gesagt, die Rede ist im Internet nachlesbar – ich würde Karl-Heinz Gasser sehr empfehlen, sie einmal anzusehen, weil damit unsere gesamte Debatte in ein ganz neues Licht gerückt wird. Aber jetzt mal ernsthaft, es ist ein großes Thema in Thüringen und ist auch ein durchaus nicht leicht abzuarbeitendes Thema. Deswegen bin ich Dir auch dankbar und all den Bürgermeistern, die hier im Raum heute vertreten sind und den Kommunalpolitikern, dass ihr euch gemeinsam bemüht, mit dem Innenminister der Landesregierung und der Landtagsfraktion, dass dieses schwierige Thema im Laufe dieser Legislaturperiode gelöst wird. Denn eines, das will ich ganz klar sagen, darf uns bei diesem Thema nicht passieren, dass die PDS dieses Thema zum Wahlkampf 2009 auf den Rücken der Menschen instrumentalisiert gegen die Union hier in Thüringen. Deshalb müssen wir das Problem in den nächsten anderthalb Jahren lösen.

Beifall.

Ich freue mich, dass wir heute bei dieser vierten Veranstaltung das Thema „Bildung und Werte“ in diese Gemeinsamkeit und diese Verbindung gesetzt haben und dass mit Annette Schavan eine profilierte Bundespolitikerin zu diesem Thema sprechen wird, die nicht nur aus ihrer Verantwortung als Bundesministerin, aus ihrer Verantwortung als Stellvertretende Bundesvorsitzende, als Stellvertreterin der Programmkommission, sondern aus ihrer persönlichen Vita diese Thematik besetzt. Sie war viele Jahre Kultusministerin in Baden-Württemberg und wenn ich richtig zähle, haben wir heute also fünf Kultusminister – ehemalige oder aktive - hier im Saal, also alles, was Thüringen hier zu bieten hat, ist vorhanden, Christine Lieberknecht, Michael Krapp und jetzt Jens Goebel und

Gelöscht: ,

Gelöscht: ¶

Gelöscht: ,

mit Dir eine fünfte Kultusministerin, die in Baden-Württemberg über die Jahre eine sehr erfolgreiche Bildungspolitik geschrieben hat und verwirklicht hat. Und wenn man heute in Deutschland einen bildungspolitischen Ergebnisvergleich anstellt, das kann man über PISA tun, das kann man aber auch einfach an den Ergebnissen der Entwicklung der Wirtschaft, der Technologie oder auch der Erfolge junger Menschen an deutschen Universitäten und Hochschulen ablesen, dann ist es schon eine ganz klare und auch für uns, denke ich, erfreuliche Botschaft, dass Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Sachsen bei all diesen Vergleichen immer die ersten vier Plätze einnehmen. Das beweist, dass Unionsbildungspolitik, weil sie von den Werten ausgeht, und weil sie vom einzelnen Menschen ausgeht, am Ende auch die erfolgreichere Bildungspolitik ist. Ich freue mich deshalb, dass Du hier bist – herzlich willkommen in Thüringen, nach kurzer Zeit zum zweiten Mal. Liebe Christine Zitzmann, vor wenigen Wochen war Annette Schavan bei Dir in Sonneberg und hat eine Rede gehalten und das zeigt auch die enge Verbindung zu Thüringen.

Gelöscht:

Das Programm, das Ihnen auch vorliegt und das in der Partei in den nächsten Wochen intensiv diskutiert werden soll, soll sich auch durchaus verbinden mit der Grundsatzprogrammdebatte, die wir auf Bundesebene führen. Auf Bundesebene wollen wir natürlich unser Programm von 1994 fortschreiben, weiterentwickeln auf die neue Zeit und wir wollen uns zum ersten Mal in der Geschichte der CDU Thüringen ein eigenes Grundsatzprogramm geben.

Wir haben Wahlprogramme geschrieben, wir haben uns immer wieder auf Parteitag inhaltlich verfasst, aber ein Grundsatzprogramm, wo wir unsere Wertvorstellungen und auch unsere Zielvorstellungen für die Gesellschaft aufschreiben, haben wir bisher nicht diskutiert und verabschiedet. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen sind im Vorfeld schon gewesen. Eine große Gruppe aus Thüringen war in Rom und hat dort intensiv diskutiert. Wir haben mehrere Foren erlebt und jetzt die Regionalkonferenzen. Und eines wird ganz deutlich, diese Debatte um das Grundsatzprogramm ist nicht eine Debatte um ein Papier, das dann möglicherweise von vielen in Thüringen gelesen wird, sondern vor allen Dingen eine Debatte um die Selbstvergewisserung der Partei CDU Thüringen. Welche Werte, sind die Werte, aus denen heraus wir unsere Politik begründen? Welche Ziele, sind die Ziele, die wir in ganz konkreten Inhalten im Wahlprogramm vorgeben? Und welche Orientierungen, sind die Orientierungen, die uns bei Alltagsentscheidungen größerer oder auch kleinerer Form bewegen müssen? Und die fünf Punkte, die in diesem Grundsatzprogramm so als

Marktpunkte gesetzt sind, sollen an dieser Stelle wie das Gerüst für unsere Alltagsentscheidungen auch genutzt werden können. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir einen solchen Abend nutzen, um uns selbst auf diesem Weg zu vergewissern. Denn so wichtig im Alltag die Alltagsentscheidung ist, wenn sie nicht aus Werten begründet ist, wenn sie nicht aus klaren Überzeugungen heraus vermittelbar ist, dann fehlt der Partei, dann fehlt der CDU, dann fehlt der CDU Thüringen eine Dauerhaftigkeit der Politik.

Wenn man in der Bundesrepublik Deutschland einmal bis zur Wiedervereinigung und auch in der Zeit um die Wiedervereinigung und nach der Wiedervereinigung eine Parteigeschichte in kurzer knapper Form beschreibt, dann wird man sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, dass die Partei, die am klarsten ihre Wertegrundlagen begründet hat und sie auch immer wieder vermittelt hat, in Deutschland die entscheidenden wichtigen Weichenstellungen vorgenommen hat.

In der Nachkriegsperiode die Soziale Marktwirtschaft, die Einführung, die auf die Freiheit bezogen ist – wir sind Geschöpfe und Gesellschaften der Freiheit, eine Wirtschaftsordnung, die auf Solidarität und Subsidiarität angelegt ist und die am Ende durch ihre Grundordnung, durch eine freie Marktwirtschaft die Voraussetzung für ein soziales Miteinander ermöglicht. Diese Entscheidung war damals hoch umstritten. Ich will nur einen einzigen Satz zitieren. Der damalige SPD-Bundesvorsitzende Schumacher hat auf die Entscheidung von Ludwig Erhard hin, im Jahr 1948 formuliert: Das ist ein Ballon aufgeblasen von der liberalen Wirtschaftswelt gefüllt mit stinkendem Liberalismus. Das war die Kommentierung des Bundesvorsitzenden der SPD und auch allgemein in der Gesellschaft beim DGB angefangen, bis in weite Teile der verfassten Gesellschaft in den späten Vierzigern und den früheren Fünfzigern. Sie waren gegen diese Marktwirtschaft, weil sie ihr nicht zutrauten, diese freiheitliche Ordnung für das soziale Gefüge der Gesellschaft positiv fruchtbar zu machen. Wir waren überzeugt davon aus der christlichen Gesellschaftslehre und aus der katholischen Soziallehre, dass nur dieser Weg in einer freiheitlichen Ordnung zum Erfolg führt und der Erfolg hat sich eingestellt, auch die Wiedervereinigung ist ein Ergebnis dieser Entscheidung.

Oder nehmen wir die zweite große Entscheidung, als in Westdeutschland die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss heftig geführt worden ist, als Helmut Schmidt daraufhin sein Amt verlor, weil die SPD mit sich selbst ins Gröbeln kam, war es die Union, die in dieser aufgeheizten Stimmung als Millionen Menschen Woche für Woche gegen den NATO-Doppelbeschluss demonstrierten, diese Entscheidung umgesetzt hat mit einer klaren Begründung: Freiheit muss sich bewähren, muss verteidigt werden und muss sich gerade

Gelöscht: ,

in der Zeit, wo Freiheit für Viele eine Selbstverständlichkeit ist, auch wappnen gegen Unfreiheit, gegen Aggression, gegen Terrorismus, gegen die Bedrohung durch ideologische Systeme.

Wir selbst auf dieser Seite, das heißt in der unfreien Welt, wussten, wie wichtig diese Entscheidung war, weil mit dem NATO-Doppelbeschluss insgesamt auch der Kommunismus in einem erheblichen Maße in Bedrängnis kam und die Rüstungsentwicklung hat gerade auch eine wirtschaftliche Herausforderung für die damalige Sowjetunion und die ganze kommunistische Welt bedeutet und hat sie am Ende erheblich belastet.

Gelöscht: ¶

Gelöscht: ,

Und die dritte Entscheidung in der jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands hat ebenfalls eine klare wertorientierte Entscheidung: Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes.

Nicht die Frage stand im Mittelpunkt: Wie wird sich das rechnen, sondern die Überzeugung stand im Mittelpunkt, wir sind Deutsche, wir haben ein Grundgesetz und wenn die Chance zur Freiheit besteht, dann muss die Chance zur Freiheit für alle Deutsche auch genutzt werden. Da war die freiheitliche demokratische Grundordnung so stark und auch so fähig, dem Volke diese Entscheidung zu fällen, die dann die Wiedervereinigung vorbereitet, umgesetzt und inzwischen auch erfolgreich gestaltet.

Diese drei Beispiele können für viele andere Beispiele stehen, wie wichtig es ist, im Alltag für die politische Entscheidung Wertgrundlagen zu setzen.

Unser christliches Menschenbild ist eine dieser Grundlagen. Die Menschenwürde, die für jeden gilt, gerade in diesem Haus kann man das, glaube ich, sehr deutlich am praktischen Beispiel sagen, die Reha-Stiftung Thüringer Wald wie viele andere kümmern sich genau um die, die oft in der Gesellschaft das Problem der Ausgrenzung haben, und ich erinnere daran, wir kommen aus einem Staat, der bis 1989 den geistig Behinderten die Bildungsfähigkeit schlicht und ergreifend per Gesetz abgesprochen hat. Sie durften nicht in die Schule gehen, diejenigen, die geistig behindert waren. Das ist ein Fußtritt auf die Menschenwürde und wir sind für die Menschenwürde von jedem. Und es gilt genauso auch, wenn wir über forschungspolitische Fragen diskutieren, so wichtig es ist, Forschungspolitik zu nutzen, um Fortschritt zu organisieren für den Menschen, so wichtig ist es auch, die Grenzen der Forschung zu erkennen, dann, wenn sie das Leben bedrohen.

Gelöscht: ¶

Gelöscht: ,

Ich denke an die embryonale Stammzellenforschung genauso wie an das Alter der

Gelöscht:

Menschen, wo wir in der Nachbarschaft schon in Europa, in den Niederlanden erleben, wie stark das Alter auch in einer sehr modernen Gesellschaft gefährdet ist, wie plötzlich die Tötung von Menschen mit ins Kalkül gezogen wird, wenn sie angeblich zur Last für die Gesellschaft werden.

Menschenwürde gilt ganz grundsätzlich und gilt immer und muss als Grundmaßstab bei jeder politischen Entscheidung mitgedacht werden.

Oder der zweite Punkt: Gelingendes Leben.

Wir diskutieren, Gott sei dank in diesen Tagen und Wochen auch bundesweit sehr stark über Familie, sehr stark über Ehe, sehr stark über die Frage: Wie kann die Gesellschaft wieder mehr Zukunft durch mehr Kinder bekommen? Ich glaube, es ist gut, dass sowohl in der Thüringer Verfassung im Artikel 17 als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschlands in Artikel 6 etwas festgeschrieben ist, dass auf die Wertüberzeugung bezogen ist, die wir mit gelingendem Leben verbinden. „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“, so heißt es wörtlich, sowohl in der Thüringer Verfassung als auch im Grundgesetz. Und das heißt, dass diese Gesellschaft sich auf eine Grundbasis bezieht, eben auf Ehe und Familie. Und bei Höffner in seinem Grundwerk zur christlichen Gesellschaftslehre können sie im Aufbau der Gesellschaft an allererster Stelle genau diese Verbindung finden – Ehe und Familie. Und deshalb ist es richtig, wenn der Staat heute viele Hilfen überlegt, Unterstützung organisiert, Angebote unterbreitet, Betreuungsmöglichkeiten schafft und all das, was notwendig ist, dass dieses Leben gelingt. Aber es ist falsch und es entspricht nicht unseren Wertgrundlagen, wenn der Staat sich an die Stelle von Ehe und Familie setzen möchte und ihnen die Entscheidung individuell abnehmen möchte. Der Staat hat zu respektieren, dass vor seiner Entscheidung und Eingriffsmöglichkeit, die Autonomie und auch die Rechtfertigung der Ehe und Familie steht. Das gilt für die CDU Deutschlands und das gilt auch für die CDU Thüringen.

Und lassen Sie mich einen dritten Punkt ansprechen: Die freiheitliche demokratische Grundordnung, die ebenfalls in diesem Konzept aufgeführt ist.

Das ist was Selbstverständliches, könnten wir alle denken. Wer im Thüringen Monitor liest, von der Jenaer Universität für mehrere Jahre fortgeschrieben, weiß, wie fragil die freiheitliche demokratische Grundordnung in der individuellen Sichtweise jedes Einzelnen ist. Die Zahl derer, die die Handlungsfähigkeit der demokratischen Grundordnung auf sich persönlich bezogen positiv bewertet, nimmt ständig ab. Das gilt im Übrigen auch für die

alten Länder und in den neuen Ländern ist, aufgrund des mangelnden Erfahrungsraumes diese Haltung sehr viel größer. Das liegt nicht daran, weil die Menschen die Grundordnung nicht grundsätzlich akzeptieren Parlament, Regierung, Judikative. Nein, es liegt daran, dass sie die Handlungsfähigkeit auf sich persönlich bezogen, nicht als ausreichend ansehen. Sei es die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates, sei es die Frage der Inneren und Äußeren Sicherheit, sei es die Frage des wirtschaftlichen persönlichen Fortschrittes und der Anteilnahme. All diese Fragen sind zentral, aber dahinter verbergen sich die Grundwerte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, weil unabhängig davon, wie erfolgreich unsere Gesellschaft existiert und arbeitet auf diese freiheitliche Grundordnung mit den festen Säulen der Judikative, der Exekutive und der Legislative - nie in Frage gestellt wird. Weil wirtschaftliche Probleme individueller und allgemein gesellschaftlicher Art plötzlich zum Maßstab für die Akzeptanz dieser Grundordnung werden, kann eine Gesellschaft sehr schnell in Gefährdung geraten. Es gibt rechts und links am Rand der Demokratie Parteien, im rechtsextremen Bereich wie im linksextremen Bereich, die genau diese Situation nutzen wollen und auch nutzen werden, um dann am Ende dieser freiheitlichen Grundordnung eine wirkliche Existenzgefährdung zuzuschreiben. Und deshalb ist es wichtig, dass wir sagen: natürlich müssen wir die Probleme des Alltags lösen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen, dafür Sorge tragen, dass der individuelle Fortschritt und der gesellschaftliche Fortschritt insgesamt Schritt halten, aber als Grundwert zu allererst gilt es, die Freiheit zu sichern, den demokratischen Rechtsstaat zu sichern und damit die gesamte demokratische Grundordnung.

Und der vierte Punkt, den wir aufgeführt haben: Wirtschaft und Arbeit. Wir haben das sehr bewusst in dieser Folge aufgeschrieben - Wirtschaft und Arbeit. Auch an der Stelle ist die Union gut beraten, auch in den aktuellen Debatten unsere Wertegrundlage heranzuziehen. Wir erleben das ja in diesen Wochen. Es wird über den Mindestlohn diskutiert. Es wird über die Frage diskutiert, inwieweit die Politik eingreifen soll Löhne vorzugeben, damit sie Existenz sichernd sind. Keine Frage, auch ich wünsche mir – wie jeder hier im Saal – dass Löhne wirklich optimal ausgerichtet sind, damit sie die individuelle Existenz, die familiäre Existenz sichern. Aber wir schreiben bewusst Wirtschaft und Arbeit, weil der Ausgangspunkt von Arbeit eine vernünftig florierende Wirtschaft ist. Ludwig Erhard hat einen sehr einfachen, aber ich finde, sehr treffenden und auch sehr klar beschreibenden Satz formuliert: „Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen.“ Das heißt das, was wir wollen im Sozialstaat, in der Inneren

Sicherheit, bei Bildung, bei Kultur in all den wichtigen Bereichen der Gesellschaft hat Quellen und neben Familie, ist eine der entscheidenden Quellen Bildung und eine dritte entscheidende Quelle die Wirtschaft. Der Staat kann am Ende diese funktionierende Wirtschaft nicht ersetzen und wenn er dies versucht, kommt er genau in dieses Dilemma, das wir jetzt schon seit vielen Jahren erleben. Die Eingriffe des Staates führen nicht dazu, dass am Ende wieder mehr Arbeitsplätze entstehen, sondern dass wir im nationalen und im internationalen Wettbewerb eher erhebliche Probleme bekommen.

Seit siebenunddreißig Jahren genau nimmt die Arbeitslosigkeit in Deutschland ununterbrochen zu. Und wenn Sie sich einmal die Struktur dieser Arbeitslosigkeit anschauen, werden Sie feststellen, es sind vor allem die Menschen, die weniger Bildungsvoraussetzungen haben, weniger Qualifikation, die weniger Chancen haben sozusagen aus eigener Verantwortung den Arbeitsmarkt auch erfolgreich mitzugestalten. Auf der anderen Seite hat sich die Arbeitswelt erheblich, ja dramatisch verändert. Sind noch vor zwanzig Jahren, dreißig Prozent Berufe vorhanden gewesen, so sind es heute keine zehn Prozent mehr. Die Eingriffe des Staates dürfen nicht dahin gehen, eine künstliche Berufswelt aufzubauen, Arbeitsplätze zu subventionieren, das kann Hilfe sein, aber der Staat muss seine Konzentration darauf legen für Bildung zu sorgen. Für Voraussetzungen individuell und gesellschaftlich zu sorgen, darin liegt die Herausforderung und zum Zweiten für die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen zu setzen, die den Mittelstand, der Wirtschaft insgesamt, Wachstumspotential gibt. Das heißt, der Mindestlohn löst überhaupt kein Problem. Natürlich kann man im Friseurhandwerk den Mindestlohn einführen, aber dieser Mindestlohn muss von den Kunden bezahlt werden. Das heißt, das Problem der Schwarzarbeit würde im gleichen Zug zunehmen wie der Mindestlohn steigt. Wenn heute schon – etwa fünfzig Prozent – in diesem Gewerbe konkret in der Schwarzarbeit realisiert werden, dann ist das eine bedenkliche Situation, die man nicht dadurch bessert, dass man die Löhne künstlich hebt, sondern, dass man den Arbeitsmarkt flexibilisiert, dass wir den Zugang zum Arbeitsmarkt flexibilisieren und dass man sich als Gesellschaft darüber Gedanken macht, wie man ein Mindesteinkommen sichert - etwas anderes als Mindestlohn - Sie wissen, dass ich dazu auch einen Vorschlag erarbeitet habe.

Und lassen Sie mich auch das Letzte in diesem wichtigen Kapitel nennen, das wir als Punkt aufgenommen haben: Heimat Thüringen.

Von uns glaube ich, ist jeder tief überzeugt, dass die Heimat, dort wo ich verwurzelt bin, wo ich zu Hause bin, einen ganz hohen Stellenwert hat, in ganz verschiedenen Bereichen. Die soziale Integration geht über Heimat und direktes Umfeld. Die Entwicklungschancen werden dort geprägt. Die Anlage von Stärken und Schwächen wird dort konkret erfahrbar. Die Wirklichkeit, in einer großen Orientierungslosigkeit Orientierung zu finden, findet in der Heimat, in der ganz konkreten Situation des Einzelnen seine Bestätigung und Ausrichtung. Und die Unverwechselbarkeit und die Unversehrbarkeit dieser Heimat ist etwas ganz Entscheidendes. Wir sind Gott sei dank Euro-Bürger. Und die Welt bietet uns extreme Chancen, die wir noch vor siebzehn Jahren nicht zu träumen gewagt haben. Aber das alles kann man aus einer verwurzelten und mit an Werten orientierten, auch vermittelten Heimatüberzeugung besser, dauerhafter und erfolgreicher gestalten, als aus der Bindungslosigkeit, die weder eine nationale noch eine regionale Verwurzelung kennt. Und deshalb, liebe Freunde, wird an diesem Punkt z.B. ganz klar, warum die CDU Thüringen nicht diese Gigantomanie konkurrierender Parteien mitgeht, die Frage nämlich zu beantworten, wie muss unser Land zukünftig strukturiert sein, möglichst große unübersichtliche Strukturen oder möglichst Strukturen, die auch der Mensch und die konkrete Situation Thüringens erfasst. Und deswegen bin ich mit Leidenschaft dafür, dass wir die Grundstruktur Thüringens mit seinen ländlichen und kulturellen Prägungen, mit seinen ehemaligen Residenzen und seinen ländlichen und strukturellen Besonderheiten nicht durch anonyme Großstrukturen zerstören, sondern umgekehrt, als Heimat und damit als Identifikationsraum stärken. Und deswegen sind wir dagegen vier Landkreise in Thüringen zu bilden, weil Landkreise nicht nur Verwaltungsstrukturen sind, sondern ebenfalls auch Heimatstrukturen für eine ganze Region.

Beifall.

Natürlich kann man die Angelegenheit auch anders erläutern und sagen, wir brauchen effizientere Strukturen, das sind fadenscheinige Argumente. Es gibt überhaupt keinen Nachweis darüber, dass eine Großstruktur künstlich geschaffen, auch auf städtischer und gemeindlicher Ebene preiswerter ist. Ganz im Gegenteil, die Sozialkosten in der Bundesrepublik Deutschland sind in der Großstruktur grundsätzlich größer. Weil die Anonymität, die damit zwangsläufig verbunden ist, immer eine größere Entfremdung mit sich bringt. Und das, was sich aus Generationen miteinander an Gerechtigkeit selbstständig organisieren, das, was die Nachbarschaft selbstständig organisiert, das ist das Ehrenamt, – all das, was dies in Freiwilligkeit ohne partout selbstständig organisiert,

Gelöscht: ,

braucht in einer großen anonymen Struktur einen staatlichen Eingriff, eine Organisation, eine Struktur. Ich bin dafür, dass wir deshalb auf die konkret gewachsene Struktur achten und diese stets auch schützen, weil sie der Ausgangspunkt von Heimat und damit auch von Identifikation ist.

Diese Punkte sind also keine Punkte, die sich weltfremd, so als allgemeine Wertepunkte aufzählen lassen, sondern die ganz konkrete Alltagsbezüge haben. Und diese Alltagsbezüge müssen wir dann in unsere Argumente hinein nehmen. Ob das in der Gaststätte ist, ob das in der Verwandtschaft ist, ob das bei Freunden ist, ob das am Arbeitsplatz ist tagtäglich werden politische Diskussionen geführt. Sie alle erleben das, ich erlebe das. Und tatsächlich sind wir gefordert, die Alltagsprobleme, die zu lösen sind, ob in Thüringen, ob in Deutschland, ob in Europa zu begründen. Warum die Union diesen Schritt geht und nicht jenen Schritt. Warum wir die Familienoffensive am Kind festmachen und an den Eltern und nicht an den Strukturen. Und dann sind wir gefragt, genau mit einer wertüberzeugten Argumentation diese Inhalte zu erläutern. Und dabei ist es nicht wichtig, dass wir grundsätzlich in jeder Alltagsargumentation auch immer sattelfest sind, dafür ist einfach die Problemlage zu kompliziert, aber, dass wir in der Lage sind, bei Problemdiskussionen unsere eigenen Entscheidungen auf Orientierungen und Wertebezüge der eigenen, aus dem christlichen Menschenbild gewachsenen Überzeugung zu treffen. Deswegen sind wir auch in dieser Legislaturperiode unter der großen Überschrift, die Chancen der Freiheit nutzen, angetreten, um genau aus diesen Wertüberzeugungen die Legislaturperiode zu gestalten. Deshalb wollen wir jetzt im Doppelhaushalt einen wichtigen Schritt zum ausgeglichenen Haushalt hingehen, weil wir wissen: Schulden von heute sind Belastungen von morgen und sind damit Zukunftschancen, die wir vertun. Deshalb sind wir jetzt dabei, in der Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs die Beziehung neu zu ordnen, gleichzeitig aber auch die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken. Deshalb sind wir auch dabei, jetzt über die Kommunalisierung mit den Landräten ein neues Miteinander zu organisieren, also die Frage zu beantworten, welche Aufgaben könnt ihr in der kleinen Region besser erfüllen als in Weimar oder in Erfurt. Weil damit auch die Freiheitsräume vor Ort auch genutzt werden können. Weil die Freiheitsräume vor Ort nutzen heißt, Betroffenheitsebene und Entscheidungsebene zusammenzuführen. Ich bin dankbar, dass wir mit über 230 Aufgaben mit den Landräten einig in diese Kommunalisierung gehen. Und deshalb werden wir auch jetzt in diesen Wochen bei Theatern und Orchestern die Verhandlungen abschließen, weil wir wissen, dass auf der einen Seite leistungsfähige

Kulturstruktur bei Theatern und Orchestern wichtig ist und auf der anderen Seite aber auch Breitenkultur in allen Regionen Thüringens. Deshalb sind wir jetzt auch dabei, insbesondere der Kultusminister, den Hochschulpakt zu verhandeln, weil wir wissen wie wichtig gerade die Bildung, die Ausbildung, die Qualifizierung der jungen Menschen an unseren Hochschulen, an unseren Schulen und an unseren Universitäten ist. Das heißt, diese praktischen Fragen, die wir verantworten, haben ganz konkrete Wertebegründungen. Und deshalb zum Abschluss diskutieren Sie, streiten Sie, aber sind Sie am Ende davon überzeugt, um mit voller Überzeugung Verantwortung zu tragen. Und stehen wir deshalb auch in diesem Geist zueinander. Wer Verantwortung trägt, braucht Vertrauen in der eigenen Gruppe, in der eigenen Partei, in der eigenen Überzeugungsgemeinschaft, weil wir gemeinsame Werte vermitteln. Deshalb bitte ich Sie, dass wir genau in diesem Vertrauen zueinander, so wie in den letzten gut sechzehn Jahren für Thüringen, für Schleusingen, für den Landkreis und für alle Regionen Thüringens Verantwortung tragen, weil es uns natürlich auch immer um den nächsten Wahltag geht, aber es geht uns nicht nur um den nächsten Wahltag an sich, sondern darum, aus den Wertüberzeugungen, die ich dargestellt habe, dieses Land gut weiterzugestalten, weil es wunderschön ist in Deutschland und in Europa. Ein Land, das hohen Anziehungswert hat, das sich toll gewandelt hat, das seine Kultur wieder sichtbar macht, das seine Natur zur Einladung nach außen bringt und das solche Häuser wie dieses, mit einem neuen Geist erfüllt hat.

Gelöscht: ¶
¶

Herzlichen Dank.

Gelöscht: ¶

Beifall.

Gelöscht: ¶